

## **Petition der Friedensinitiative Dresden**

**Schluss mit der militärischen Nutzung des Dresdner Flughafens durch die NATO und keine Dresdner Unterstützung für die Aufrüstung an der russischen Grenze!**

- 1. Wir fordern den Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Dirk Hilbert, und den Stadtrat auf, die militärische Nutzung des Dresdner Flughafengeländes zukünftig zu unterbinden. Die Unversehrtheit der Stadt Dresden und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger als übergeordnetes Recht anzuerkennen. Es ist an der Zeit, die Verpflichtungen aus dem Völkerrecht sowie der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen höher als die geltende rechtliche Absicherung der US-Hubschrauber an Dresdens Himmel (Nato-Truppenstatut von 1951 und seine Ergänzungen von 1959 und 1998) zu bewerten.**
- 2. Bis dieser Bürgerwille erfüllt ist, fordern wir vom Oberbürgermeister der Stadt Dresden und vom Stadtrat umfassende Transparenz zur militärischen Nutzung des Dresdner Flughafengeländes. Dazu gehören**
  - die Veröffentlichung der aktuell gültigen Genehmigung für den Flughafenbetrieb einschließlich vorgesehener Erweiterungen, sowie**
  - die Darstellung der Kontroll- und Beschwerdemöglichkeiten der Dresdner Bevölkerung im Falle von Belästigung oder Gefährdung durch militärisches Fluggerät.**

### **Begründung**

Aufenthalt von Streitkräften von NATO-Partnern in Deutschland basieren auf dem NATO-Truppenstatut und dem Truppenstationierungsrecht. Dort heißt es: „Gemäß Art.46 Abs.1 Satz Zusatzabkommen NATO-Truppenstatut von 1959 hat „eine Truppe (...) vorbehaltlich der Zustimmung der deutschen Behörden das Recht, Manöver und andere Übungen im Luftraum der Bundesrepublik in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgaben erforderlich ist. (Manöver und Überflugbetrieb).“

US-Streitkräfte sind wegen der Ausübung der ihnen durch das Stationierungsrecht eingeräumten Befugnisse nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen. Dadurch ist der Rechtsschutz für Bürger und deren Einflussnahme stark eingeschränkt.

Unser Protest richtet sich daher grundlegend gegen die Inanspruchnahme dieser gesetzlichen Grundlagen, weil der Gesetzesgrund „der befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten“ nicht vorliegt: Die entgegen eigener Zusagen erfolgte NATO-Osterweiterung bis an die Grenze Russlands dient nicht der Verteidigung, sondern erzeugt neue gefährliche Spannungen zwischen den NATO-Staaten und Russland. Im Zuge der NATO-Mission "Enhanced Forward Presence" werden seit 2016 NATO-Streitkräfte an der russischen Grenze positioniert und stationiert. Eine Stationierung von Truppen in den östlichen NATO-Staaten negiert das Völkerrechtsinstrument OSCE und gleichermaßen wird die NATO-Russland-Grundakte unterlaufen, indem diese Truppen durch permanente Rotation quasi-stationär werden. Die Stationierung und Rotation von NATO-Truppen wird logistisch auch über den Flughafen Dresden verwirklicht. Diese Politik dient weder der Verteidigung noch den Sicherheitsinteressen der Deutschen und auch nicht der europäischen Völker.

Bürgermeister und Stadtparlament stehen in mehrfacher Hinsicht in der Pflicht:

- Sicherung der Rechte (Eigentum und Umweltbelastung) der Bürgerinnen und Bürger Dresdens und Abwendung von Gefährdungsrisiken.
- Mayors for Peace, deren Mitglied Dresden seit 1985 ist, appelliert an die Mitgliedsstädte, mit Aktionen ein Zeichen für den Frieden zu setzen.
- Kulturhauptstadt werden zu wollen und nicht rein defensives militärisches Fluggerät am Himmel sind unvereinbar.
- In einer Welt voller Kriege müssen von unserem Dresden deutliche Zeichen der Vernunft und Signale für Deeskalation, Abrüstung und Völkerverständigung ausgehen.